



Positionspapier
Wiener Memorandum Gruppe
Präsidententreffen
20. April 2009

Die Weltwirtschaft befindet sich in der schlimmsten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die jüngsten Voraussagen der OECD zeichnen ein anhaltend düsteres Bild: die Wirtschaft in den 30 Ländern der Gemeinschaft wird dieses Jahr um über 4% zurückgehen und 2010 bei Null liegen. Mehr als 25 Millionen werden ihre Jobs verlieren, was komplette Familien in die Arbeitslosigkeit drängen wird. In allen unseren Ländern sind die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar: unsere Arbeitsplätze sind bedroht, der Lebensstandard sinkt, manche Staaten stehen kurz vor dem Bankrott. Vor allem die Metallindustrie und die noch vor kurzem boomende Automobil- und -zulieferindustrie ist in Mitleidenschaft gezogen. Das Vertrauen der Menschen in die Politik sinkt, da sie durch immer neue Hiobsbotschaften über Firmenpleiten, Werksschließungen und Kündigungen verunsichert werden. Die Rezession droht in eine soziale Krise zu eskalieren, die auch die politische Stabilität auf unserem Kontinent durch wachsende soziale Unruhen zu untergraben droht. Mit einher geht auch eine Stärkung von rechtsradikalen und demokratiefeindlichen Kräften, denen sich vor allem junge Menschen ohne Arbeit und damit Perspektive zuwenden.

Auf einem Treffen der sechs Metallgewerkschaften, die nunmehr seit zehn Jahren im Rahmen des grenzüberschreitenden Netzwerks der Wiener Memorandum Gruppe kooperieren, wurde die Situation in den einzelnen Ländern analysiert und folgende Schlussfolgerungen gezogen:

Die aktuelle Krise ist nicht durch Zufall entstanden, sondern das Ergebnis einer Ideologie einer neoliberal ungezügelt anstelle einer sozialen Marktwirtschaft in Europa, die dem Profitstreben die Interessen der Allgemeinheit und der Politik unterordnete. Die Deregulierung der Märkte, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und die Einschränkung von Rechten der Arbeitnehmer dienten einer blinden Anpassung an die Bedürfnisse und die Anforderungen des Marktes. Diese Politik ist gescheitert und es muss mit aller Kraft verhindert werden, dass die MarktfanatikerInnen mit unserem Steuergeld und ihren gescheiterten Konzepten weitermachen können.

Daher muss der soziale Dialog und die Zusammenarbeit der Sozialpartner den gebührenden Stellenwert erhalten; denn eine Unterbewertung seiner Rolle kann die gegenwärtige Krise nur verschlimmern.

Die Folgen der Finanzkrise zeigen die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der EU-Wirtschaftspolitik, wie:

- Schaffung eines umfassenden europaweiten Aufsichts-, Regelungs- und Rechtsrahmens für den Finanzsektor;
- Europaweite Regulierung und Besteuerung muss gewährleisten, dass die durchschnittliche Rendite von Finanzgeschäften unter jenem durchschnittlichen Ertrag liegt, den die Realwirtschaft erzielt;
- Erziehung, Bildung, Gesundheit, Altersversorgung, Wohnung und ähnliche Grundbedürfnisse dürfen nicht dem Marktmechanismus überlassen und privatisiert werden.
- Der europäische Globalisierungsfonds sollte so adaptiert werden, dass die für Finanzmittel erforderlichen Schwellenwerte für Entlassungen gesenkt werden, damit dieses Instrument in Zeiten der Wirtschaftskrise verstärkt in Anspruch genommen werden kann
- Ausweitung und bessere Koordinierung der beschlossenen Konjunkturpakete, um die Abwärtsspirale in der Realwirtschaft zu stoppen.
- Die Sicherung der Beschäftigung durch Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage muss vorrangiges Ziel sein. Zusätzliche Maßnahmen zur Ankurbelung des privaten Konsums und der öffentlichen Investitionen (vor allem in Bereiche mit hoher Beschäftigungswirkung) werden von der Politik auch auf nationaler Ebene erforderlich sein. Die Konsolidierung der Haushalte ist –solange die Krise anhält– in den Hintergrund zu stellen. Die Kriterien des „Wachstums- und Stabilitätspaktes“ der EU müssen daher auch ausgesetzt werden, da mit einem Überschreiten des Maastricht-Defizitkriteriums zu rechnen ist.
- Koordinierung und Ausweitung der Hilfsmaßnahmen für den Banken und Kreditsektor in Mittel- und Osteuropa. Der wirtschaftliche Aufholprozess darf in den mittel- und osteuropäischen Ländern keinesfalls unterbrochen, sondern muss z.B. durch Aufstockung der Zahlungsbilanzhilfen durch EU, Osteuropabank und Währungsfonds gestützt werden. Die immensen Budgetdefizite, die Berge an Devisenschulden, die nicht ausreichenden Devisenreserven der Notenbanken, die leeren Staatskassen sind eine ernsthafte Bedrohung für die Aussichten einiger osteuropäischer Volkswirtschaften – und damit letztlich auch für die gesamte europäische Wirtschaft. Für die Zukunft ist die Abhängigkeit des Bankensektors in Mittel- und Osteuropa von ausländischer Finanzierung durch Tochterfirmen vor allem österreichischer Banken zu überdenken.
- Wirtschaftliche Maßnahmen in den einzelnen Ländern müssen von „sozialen Konjunkturprogrammen“ begleitet werden; d.h. Die Krise muss als Chance zu einer Neuorientierung und zu Maßnahmen für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung genutzt werden. Für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen muss es gezielte Hilfen geben, die ihr Einkommen dauerhaft erhöhen (z.B. Erhöhung der Nettoersatzrate bei Arbeitslosenunterstützung, Mindestsicherung, etc.);
- Der Erhalt der Arbeitsplätze – mit allen Mitteln! Ist die wichtigste Forderung, die die Mitglieder der Memorandum Gruppe an ihre Regierungen stellen. Das Modell der Kurzarbeit ist ein wichtiges und richtiges Mittel in der derzeitigen

Situation der Auftragseinbrüche, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Der Einsatz von weiteren flexiblen Instrumenten der Arbeitszeitverkürzung, wie Arbeitszeitkonten, Teilzeitarbeit, Aus- und Weiterbildungsangebote während vorübergehender Arbeitslosigkeit sollen in unseren Ländern nur auf tarifvertraglicher Basis und unter Zugang zur Arbeitslosenunterstützung gelten .

- Die Krise wird jetzt von manchen Arbeitgebern und neoliberalen Politikern genutzt, um eine Einschränkung der Arbeitnehmerrechte durchzusetzen und Lohnverzicht zu fordern. Die Mitglieder der Memorandum Gruppe lehnen entschieden derartige Forderungen ab. Zu einer Zeit, wo in ganz Europa der Anstieg der Preise auf Grund nachlassender Nachfrage der KonsumentInnen zurückgeht und in Spanien als erstem Euro-Mitgliedsland bereits offiziell Deflation, also ein Rückgang der Preise, gemeldet wurde, Lohnverzicht zu fordern, ist nichts weiter als engstirnige Klientelpolitik und zeugt nicht von gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Gerade jetzt ist es wichtig, die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen zu stärken, die nicht nur als MitarbeiterInnen in den Betrieben zum Erfolg des Unternehmens beitragen, sondern auch die Produkte der Betriebe kaufen und damit über ihren Konsum die Wirtschaft ankurbeln.
- In diesem Sinne unterstützen die Mitglieder des Netzwerkes das im März dieses Jahres beschlossene Positionspapier des EMB, das in den Zeiten der gegenwärtigen Krise eine aktive, europäische koordinierte Tarifpolitik für wichtiger als in der Vergangenheit betrachtet und zu ihrer Verstärkung aufruft. Unter allen Umständen muss ein Unterbietungswettbewerb vermieden werden. Lohnkürzungen sind entschieden abzulehnen.
- Die Krise stellt sicherlich eine Zäsur dar, nicht nur bestehende Ideologien des freien, sich selbst regulierenden Marktes zu überdenken, sondern auch umso mehr für eine gerechte Einkommens- und Verteilungspolitik einzutreten. Dazu gehört auch die Zurückdrängung des Niedriglohnsektors in Europa durch Anhebung der Mindestlöhne und wo angebracht durch Einführung von Mindestlöhnen.

In den letzten zwanzig Jahren haben die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer einen rasanten Wandel erlebt; der bis jetzt erreichte Wohlstand und die Fortschritte der Konvergenz bei Lohn- und Sozialstandards dürfen nicht gefährdet werden, denn trotz der Krise ist enormes Potenzial für die Vollendung des Aufholprozesses vorhanden.

Die Mitglieder der Wiener Memorandum Gruppe sind stolz auf die in den zehn Jahren geleistete Tätigkeit ihres Netzwerkes und werden ihren Informationsaustausch und ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärken, um gemeinsam die Herausforderungen der Krise im Interesse ihrer Mitglieder zu bewältigen.

SKEI Slowenien

IG Metall Bayern

VASAS Ungarn

GMTN Österreich

OZ KOVO Slowakische Republik

Pieštany, 20. April 2009